



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 12.07.2023, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Bildungszentrum West, Kaiserstraße 10-14  
- Baubeschluss**

**Vorl.Nr. 135/23**

---

### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt den Bau des „Bildungszentrum West“ auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung mit Gesamtprojektkosten von rd. 199 Mio. EUR (KG 200 -700, inkl. Unvorhergesehenes und Baupreissteigerung).
2. Der Weiterbeauftragung der Planungsleistungen - über die vorbereitenden Maßnahmen hinaus - für die Leistungsphasen 8 und 9 an die externen Planer einschließlich der Nachweisführung zur Bundesförderung „Klimafreundlicher Neubau“ (KFN) und der Fortsetzung der Controlling-Leistungen und Beauftragung juristischer Leistungen wird zugestimmt.
3. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2024 ff. zur Verfügung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:       - Stadtrat Lutz  
                              - Stadtrat Raasch  
                              - Stadträtin Schmidt

### **Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Sitzung teilt OBM **Dr. Knecht** mit, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 (Veränderungssperre und Bebauungsplan „Blockinnenbereich Silcherstraße“) werden von der Tagesordnung abgesetzt. Anschließend eröffnet er die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Im Anschluss verweist er auf die Vorberatung im Bauausschuss am 06.07.2023 und die dort

einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Er führt in das Thema ein und teilt mit, das Projekt bringe die Stadt an die finanziellen Grenzen. Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutern EBMIn **Schmetz** und BMin **Schwarz** den Sachverhalt.

Stadträtin **Dr. Knoß** weist auf das klimafreundliche Konzept hin. Der Neubau koste viel Geld, man habe aber aufgrund von Schadstoffbelastungen keine Wahl. Man investieren in ein Zukunftsgebäude. Die Schule sei ein wichtiger Bestandteil des Klimaneutralitätskonzepts. Sie freue sich auf moderne Räumlichkeiten und eine Stadtteilbibliothek, die allen Menschen in Ludwigburg zugutekomme. Gerne und mit Überzeugung stimme ihre Fraktion zu.

Das Bildungszentrum West sei ein Projekt der Superlative, führt Stadtrat **Braumann** aus. Mit Entschiedenheit habe die Verwaltung und der Gemeinderat das Bauvorhaben optimiert, um Flächen und damit Kosten einzusparen. Der Entwurf habe dabei an Kraft nicht verloren. Die Schule werde ein nachhaltiges und ökologisches Projekt mit hervorragender Lern- und Lebensatmosphäre. Das Projekt sei eigentlich finanziell nicht zu stemmen, aber man wolle in die Zukunft der Kinder investieren. Man wisse, dass sich dafür andere Projekte verzögern, oder auch nicht umgesetzt werden können. Die Baupreissteigerungen habe man nicht in der Hand, umso mehr hoffe man auf den Eingang der entsprechenden Fördermittel. Seine Fraktion stimme mutvoll der Beschlussvorlage zu.

Ein langer Weg, mit stetigen Kostensteigerungen liege bereits hinter dem Gemeinderat, teilt Stadtrat **Remmele** mit. Er hoffe, dass noch Kosteneinsparungen gefunden werden können. Es müsse versucht werden, auftretende Verkehrsprobleme während der Bauphase zu minimieren.

Stadtrat **Juranek** zieht einen Vergleich zum Bau des Forums in den 80er Jahren. Bei dieser Investition habe man damals Mut bewiesen und man profitiere heute noch vom Forum. Damals hätten aber in der mittelfristigen Finanzplanung keine weiteren Großprojekte angestanden. Heute investiere man 200 Millionen Euro, wohl wissend, dass weitere Projekte wie beispielsweise der ZOB, in der Pipeline stehen würden. Daher sei die Situation heute wesentlich dramatischer als im Jahr 1977. Was Baukostenreduzierungen betreffe, sei er skeptischer als seine Vorredner. Man baue in nachhaltiger Holzbauweise. Genau hier sei der Markt angespannt; auch bei den Technikgewerken. Seine Fraktion stimme zu.

Stadträtin **Knecht** führt aus, die lange Phase bis zum heutigen Beschluss habe viel Geld gekostet. Bei künftigen Bauvorhaben müsse das Credo lauten – Projekte identifizieren, beschließen und zeitnah umsetzen. Der Architekturwettbewerb sei bereits vor 6 Jahren gewesen. Diese Zeitspanne sei zu lange. Sie hoffe auf eine positive Begleitung der Bauphase durch die gesamten Schulgemeinschaft.

Stadtrat **Müller** signalisiert Zustimmung. Das Projekt sei stadtteilcharakterprägend. Die angedachte Flexibilität der Nutzung dürfe Kosteneinsparungen nicht zum Opfer fallen. Er erkundigt sich, ob es seit dem Beschluss im November nennenswerte Planungsänderungen gegeben habe.

In eine andere Dimension rücke das beschauliche Ludwigsburg durch die 200 Millionen Investition vor, führt Stadträtin **Kainz** aus. Bereits 2009 habe das Landratsamt Schadstoffbelastungen festgesellt. Es habe zu lange gedauert, bis nun endlich der Baubeschluss gefasst werde. Künftige Generationen und Gemeinderäte würden dadurch weniger Handlungsspielraum haben.

Er stimme der „Herkulesaufgabe“ zu, teilt Stadtrat **Dogen** mit. Es sei bedauerlich, dass ein

Schulgebäude aus den 70er Jahren bereits jetzt abgebrochen werden müsse und 200 Millionen Euro für einen Neubau investiert werden müssen. Es sei jedoch erfreulich, dass man in die Zukunft der Kinder investiere. Die Haushaltsdebatten in den kommenden Jahren würden angesichts der riesigen Investition spannend werden.

Auf die Frage von Stadtrat Müller teilt BMin **Schwarz** mit, die Kosten hätten sich nicht nochmals geändert, aber der Mittelabfluss sei besser koordiniert worden. Darüber hinaus habe man bei der Ausschreibung und Vergabe der Gewerke „andere Pakete geschnürt“. So werde z.B. Rohbau und Hülle als ein Paket vergeben, weil man Synergien nutzen möchte.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 135/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Keine Beschlussfassung

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** führt in die Thematik ein und erläutert, dass die Eckdaten keinen verbindlichen Haushaltsbeschluss darstellen würden, sondern der Kämmerei einen Rahmen zur besseren Planung des Haushaltsentwurfs geben würden. Er weist darauf hin, dass insbesondere der vorangegangene Beschluss zum Bildungszentrum West (vgl. Tagesordnungspunkt 1) sowie weitere, bereits beschlossene Maßnahmen, den städtischen Haushalt bis 2035 in einen Konsolidierungskurs zwingen. Diese Konsolidierung wurde bereits begonnen, müsse aber intensiviert werden, um langfristig im Ergebnishaushalt wieder positive Ergebnisse zu erwirtschaften.

Er stellt klar, dass die im Herbst 2023 für den Haushalt 2024 zu beschließende Konsolidierungsrunde nicht die letzte sein werde. Er bittet die Stadträtinnen und Stadträte, trotz anstehender Kommunalwahlen und vieler Bedarfe in der Stadtgesellschaft, zu einer gemeinsamen und konstruktiven Lösung zu finden. Auch die Stadtverwaltung werde Einschnitte hinnehmen müssen. Es sollen von 140 Stellenanträgen für 2024 nur 50 neue Stellen bewilligt werden, was zu einer Reduzierung von Standards führen werde.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen anschließend den Sachverhalt. Er stellt zu Beginn seines Sachvortrages fest, dass aufgrund des Volumens des vorhergehenden Beschlusses zum Bildungszentrum West eine Zeitenwende eingeläutet werden müsse, bei der nicht wählerisch vorgegangen werden dürfe. Es werde sowohl auf der Ertrags- wie auf Aufwandsseite Einschnitte geben.

OBM **Dr. Knecht** dankt dem Fachbereichsleiter Finanzen für seine Ausführungen und appelliert vor Eröffnung der Aussprache darum, eine gemeinsame Linie zu finden. Im Anschluss eröffnet OBM Dr. Knecht die Aussprache und weist auf die Anträge Vorl. Nr. 195/23 (Bündnis 90/Die Grünen) und 196/23 (interfraktionell, Bündnis90/Die Grünen und SPD) hin, die von den Fraktionen vorgestellt und begründet werden.

Stadtrat **Prof. Vierling** dankt für die Ausführungen und weist darauf hin, dass durch die Verwaltungsleitung bereits im vergangenen Jahr auf die Schieflage des städtischen Haushalts hingewiesen wurde. Eine Absenkung der Grundsteuer erscheine daher wenig sinnvoll. Seine Fraktion wünsche sich schnellstmöglich einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, um die gesteckten Ziele wie das Bildungszentrum West, den umgestalteten Arsenalplatz und die Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Eine Verwirklichung dieser Ziele sei durch eine Absenkung von Steuern nicht möglich. Seine Fraktion habe daher Änderungsanträge gestellt, die er folgend begründen wolle.

Zur Ziffer 1 des Änderungsantrags Vorl. Nr. 195/23 führt er aus, dass die Senkung der Gewerbesteuer aus Sicht seiner Fraktion nicht in Frage komme. Zudem habe die OECD festgestellt, dass die Gewinne der Unternehmen in Deutschland seit 2019 deutlich stärker gestiegen seien als in anderen Industriestaaten.

Zur Begründung der Ziffer 3 des Änderungsantrags macht Stadtrat Prof. Vierling darauf aufmerksam, dass es nicht zusammenpasse, Belastungen für die Eltern zu erhöhen und die Wirtschaft zeitgleich zu schonen. Insbesondere kleineren Einkommen sei eine Belastung von 8,5 % bei den Elternbeiträgen nicht zuzumuten. Daher werde eine maximale Erhöhung von 4 % beantragt.

Zur Ziffer 6 des Änderungsantrags erläutert er, dass zur Erreichung des Ziels, Ludwigsburg bis 2035 klimaneutral zu gestalten, Anreize für die Vereine gesetzt werden müssten.

Bei Ziffer 8 des Beschlussvorschlages befürchte seine Fraktion, dass die niedrigeren Investitionen eine Bremse für den kommunalen Klimaschutz darstellen. Daher werde die Änderung beantragt.

Die neu in den Beschlussvorschlag einzufügende Ziffer 9 begründet er damit, dass es innerhalb der Eckdaten einen Plan für die Klimaneutralität bis 2035 für Stadt und deren Gesellschaften geben müsse.

Zu Beginn seiner Ausführung weist Stadtrat **Herrmann** auf die schwierige Haushaltslage der Stadt hin. Gründe hierfür kämen von außen, z.B. Inflation, Energiekrise und Ukraine-Krieg, aber auch von innen wie das Bildungszentrum West. Trotz der Herausforderungen befinde sich Ludwigsburg im Mittelfeld vergleichbarer Kommunen.

Der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung könne seine Fraktion zustimmen. Zum Antrag der Grünen erinnert er an den Beschluss des Gemeinderates, wonach der aktuelle Hebesatz der Gewerbesteuer nur auf drei Jahre befristet erhöht war und diese Frist nun im nächsten Jahr ende. Er stelle fest, dass sich die Einnahmen durch die Gewerbesteuer, im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie, auch ohne die Erhöhung des Hebesatzes erhöht hätten. Daher halte er eine Erhöhung des Hebesatzes zum jetzigen Zeitpunkt für nicht angemessen. Vielmehr könne durch eine kluge Gewerbepolitik ein höherer Ertrag aus der Gewerbesteuer vereinnahmt werden. Die Unternehmen sollen bis 2035 klimaneutral werden, jedoch sollten die Gewinne für Investitionen in die Klimaneutralität im Unternehmen belassen werden.

Darüber hinaus stellt er klar, dass seine Fraktion beim Thema Grundsteuer im Hinblick auf die vorgesehene Grundsteuerreform 2025 zur Aufkommensneutralität stehe. Ohnehin werde es Verschiebungen bei der zu zahlenden Grundsteuer geben. Einer Erhöhung der Grundsteuerhebesätze im Vorfeld oder unmittelbar danach lehne er ab, könne sich eine Erhöhung einige Jahre nach der Reform jedoch vorstellen. Der Änderungsantrag der Grünen zu Ziffer 1 werde abgelehnt.

Zur Ziffer 3 der Beschlussvorlage erklärt Stadtrat Herrmann, dass eine Erhöhung entsprechend des Richtsatzes um 8,5 %, aufgrund der gestiegenen Personalkosten, zwingend notwendig sei. Auch zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Pauschalierung von 4 % Erhöhung ab dem kommenden Jahr könne seine Fraktion zustimmen.

Bei der Ziffer 6 macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei der Beibehaltung der Zuschüsse aus diesem Jahr aufgrund der Preiserhöhungen faktisch um eine Kürzung handle. Auch die Vereine hätten im Hinblick auf die Inflation enorme Lasten zu tragen. Aufgrund der Ausnahmesituation der Stadt könne seine Fraktion im kommenden Jahr aber auch in diesem Punkt mitgehen. Den Antrag der Grünen zur Ziffer 6 lehne seine Fraktion ab.

Zur Ziffer 8 betreffend die Auszahlungen für Investitionstätigkeiten erklärt er, dass in den letzten Jahren diese Auszahlungen oftmals geringer waren als vorab prognostiziert. Es sollte entsprechend dem Beschlussvorschlag, flexibel zwischen den einzelnen Projekten reagiert werden können und keine Projekte für fix angesehen werden, wie es der Antrag der Grünen fordere. Zum Klimaschutz

gehörten noch mehr Dinge wie z.B. die Verringerung von Parksuchverkehr und der Erhöhung der Anzahl von Ladesäulen für E-Autos im Stadtgebiet.

Zu der von Bündnis90/Die Grünen im Antrag eingebrachten Ziffer 9 weist Stadtrat Herrmann darauf hin, dass im letzten Haushalt ein entsprechendes Dokument der Stadtverwaltung vorgelegt worden sei. Seine Fraktion halte dies für ausreichend.

Abschließend weist er auf die Wichtigkeit eines ausgeglichenen Haushalts hin. Bei einer Weiterverfolgung dieses Weges sei seine Fraktion auch zu weiteren Kompromissen, als den bereits angesprochenen bereit.

Dem heute vorgelegten Beschlussvorschlag der Verwaltung könne seine Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Weiss** erklärt, über die Erhöhung der Gewerbesteuer solle aus seiner Sicht erst im Herbst gesprochen werden. Seine Fraktion halte grundsätzlich an der dreijährigen Befristung der Gewerbesteuererhöhung fest, seien jedoch offen für Steuererhöhungen, sofern diese notwendig seien. Er rät mithin dazu, die Grundsteuer für den Moment unangetastet zu lassen, da noch sehr viele juristische Unsicherheiten aufgrund der anstehenden Grundsteuerreform bestünden. Er rät dazu, über eine Gewinnabführung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH im Jahr 2024 nachzudenken.

Zur Ziffer 3, der Erhöhung der Kita-Gebühren, könnte seine Fraktion trotz großer Belastung für die Familien zustimmen, da es sich voraussichtlich um eine einmalige Erhöhung in dieser Größenordnung handle. Wenn die Gebühren nicht erhöht würden, könnten eine Verkürzung der Betreuungszeiten oder Reduzierung der Gruppen drohen. Die Fraktion der Freien Wähler könnte mehrheitlich nicht mit dem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD (Vorl. Nr. 196/23) mitgehen.

Bei den Vereinen und Ehrenamtlichen sollen keine Kürzungen der Zuschüsse vorgenommen werden. Diese seien der soziale Kitt der Gesellschaft und daher unverzichtbar. Er vermisse am Ende der Eckdaten einen Hinweis auf die Schuldengrenze bzw. die Pro-Kopf-Verschuldung, die weiterhin generationengerecht sein müsse.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3, da sich diese inhaltlich nicht trennen ließen. Die Stadtverwaltung dürfe Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich und der Daseinsvorsorge nicht kürzen. Viele Menschen seien auf die Dienstleistungen der Stadt in diesem Bereich angewiesen. Auch im investiven Bereich dürfe es zu keinem Auflaufen eines Sanierungsauskommen.

Stattdessen müsse über Erhöhungen bei den Einnahmen nachgedacht werden. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung könne die SPD-Fraktion größtenteils folgen. Auf eine Gewinnabführung bei den städtischen Gesellschaften, auch der Wohnungsbau Ludwigsburg, solle im kommenden Jahr verzichtet werden. Der soziale Wohnungsbau habe eine hohe Priorität.

Ausnahme sei der Punkt 3 der Beschlussvorlage, die Erhöhung der Kita-Gebühren. Eine Erhöhung um 8,5 % zum neuen Kita-Jahr ab September sei mit seiner Fraktion nicht zu machen. Die SPD-Fraktion habe deshalb zusammen mit der Fraktion Bündnis90/Die Grünen einen interfraktionellen Antrag vorgelegt, der die Erhöhung der Kita-Gebühren ab September auf 4 % festlegt.

Stadtrat Dr. O'Sullivan weist darauf hin, dass die Erhöhung von 4 % beantragt wurde, um die geplante Erhöhung um 8,5 % zu verhindern, da diese auch ohne heutigen Beschluss aufgrund der geltenden Satzung gekommen wäre. Die SPD sei generell der Meinung, dass frühkindliche Bildung in Kitas als öffentliche Aufgabe komplett gebührenfrei sein solle. Dies sei auf kommunaler Ebene nicht zu schaffen, daher sei seine Partei bereit, auch eine moderate Erhöhung von 4 % mitzutragen.

Die Haushaltskonsolidierungen müssten auf alle verteilt werden. Es gelte daher Anpassungen bei

den Steuern, vor der Anhebung von Beiträgen vorzunehmen. Eine Erhöhung der Grundsteuer sei denkbar, da diese die gesamte Gesellschaft treffe. Vorrangig müsse aber die Gewerbesteuer erhöht werden, da diese die wirtschaftlich Leistungsstarken treffe.

Generell sei für seine Fraktion eine Paketlösung gut vorstellbar. Die neue Vorlage der Verwaltung mache dies am heutigen Tag jedoch schwer möglich, da dann auch bereits über die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes hätte abgestimmt werden müssen.

Stadtrat **Haag** weist darauf hin, dass mit dem Beschluss zum Bildungszentrum West eine neue Zeitrechnung bei der Aufstellung des Haushalts begonnen habe. Vorangegangener Beschluss (vgl. Tagesordnungspunkt 1) und gestiegene Ausgaben, wie z.B. hohe Tarifabschlüsse machen einen Konsolidierungskurs unausweichlich. Man müsse sich von vielem lieb gewonnenen verabschieden müssen. Den gestiegenen Kosten dürften jetzt nicht blind einfach Einnahmeerhöhungen folgen. Um eine konsequente Konsolidierung zu ermöglichen, brauche seine Fraktion mehr Informationen und eine Aufstellung über die Pflicht- und Freiwilligenaufgaben der Stadt mit den entsprechenden Rechtsgrundlagen. Man sei offen für Gespräche über die Höhe der Gewerbesteuer, allerdings erst, wenn mit der Steuerschätzung im November eine valide Datengrundlage zur Verfügung stehe. Einer Erhöhung der Grundsteuer stehe die FDP-Fraktion kritisch gegenüber. Die Aufkommensneutralität müsse gewährleistet sein. Noch nicht geklärt sei, was getan werden müsse, um diese zu erreichen. Zur Erhöhung der Kita-Gebühren um 8,5 % sehe er aktuell keine Alternative. Man werde daher beim Verwaltungsvorschlag mitgehen.

Dem Verwaltungsvorschlag könne die FDP-Fraktion so zustimmen, auch wenn die entscheidenden Diskussionen im Herbst geführt werden müssten. Den Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehne seine Fraktion ab.

Aus Sicht von Stadtrat **Müller** sei der Gewerbesteuerhebesatz in der aktuellen Situation nicht mehr zu halten; es bestehe Handlungsbedarf. Hinsichtlich der Grundsteuer plädiere er für eine Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt, da sich die Gelegenheit sonst erst wieder nach der Grundsteuerreform, frühestens im Jahr 2026 ergebe. An einer Aufkommensneutralität 2025 wolle er festhalten.

Hinsichtlich der Kita-Gebühren frage er nach, ob es, wenn es heute zu keiner Entscheidung komme, die Gebührenbescheide mit einer Erhöhung um 8,5 % verschickt werden. Er schätze den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, insbesondere Ziffer 6 des Antrags, da dieser auch die Förderung von Vereinen beinhalte. Er regt er an, das nach dem Abschluss der Planungen zum Bildungszentrum West freigewordene Planungspersonal, bei Planungen für zukünftige Investitionen einzusetzen. Er bittet um eine Darlegung seitens der Verwaltung, welche finanzielle Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Klimaneutralität und der tatsächlich machbaren Klimaneutralität liege und wofür die Gelder eingesetzt werden müssten.

Sollte es zur Abstimmung kommen, so bitte sie um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte der Beschlussvorlage, teilt Stadträtin **Kainz** mit.

Zu Punkt 1 der Beschlussvorlage kündigt sie ihre Enthaltung an, da es der Wirtschaft nicht sonderlich gut gehe und sie die Ergebnisse der Abwägung durch die Verwaltung bis zum Herbst abwarten wolle.

Die Erhöhung der Kita-Gebühren um 8,5 % unter Punkt 3 der Vorlage lehne sie ab. Kitas und Schulen sollten gebührenfrei sein.

Eine Nullrunde bei den Vereinszuschüssen unter Punkt 6 lehne sie ebenso ab, da auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vereine ohnehin schon hohe Kosten bedingt durch äußere Einflüsse zukommen und deshalb eine Unterstützung durch die Stadt notwendig und geboten sei. Die übrigen Punkten der Beschlussvorlage könne Sie mittragen.

Dem Antrag von Bündnis90/Die Grünen könne sie in den Ziffern 8 und 9 zustimmen, wobei sie anmerkt, dass sie bei Ziffer 8 auch gerne die Schulen gesehen hätte

Stadtrat **Dogan** weist darauf hin, dass auch er grundsätzlich gegen eine Gebührenerhebung bei Kitas sei. Weiter möchte er wissen, was geschehen wird, sollte weder der interfraktionelle Antrag von Bündnis90/Die Grünen und SPD noch der Beschlussvorschlag unter Ziffer 3 der Verwaltung zum Tragen kommen.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass die Positionen momentan noch weit auseinander liegen. Eine Abstimmung über die Eckdaten des Haushalts wie in der Beschlussvorlage und dem interfraktionellen Antrag von Bündnis90/Die Grünen und SPD am heutigen Tag herbeizuführen, könne zu verhärteten Diskussionsfronten und komplizierten Haushaltsberatungen im Herbst führen. Er plädiert über eine Paketlösung mit der die meisten Fraktionen und Stadträte leben könnten, zu verhandeln. Dies könne allerdings nur in konstruktiven Gesprächen und mit der nötigen Zeit geschehen. Weiter müssten sich bei einer anschließenden Abstimmung auch alle an die Absprachen halten.

Er schlägt vor, auf eine Abstimmung zu den Eckdaten am heutigen Tag zu verzichten und die eingebrachten Diskussionspunkte und Anregungen mit in die weiteren Überlegungen zu nehmen. Ebenso solle der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit in die Haushaltsberatungen im Herbst genommen werden.

Im Hinblick auf den mit den Eckdaten verknüpften Tagesordnungspunkt 3 erklärt OBM Dr. Knecht, dass er dem Gremium hier einen alternativen Beschlussvorschlag unterbreiten wolle. Er werde hinsichtlich der Gebühren für die Kindertageseinrichtungen, sowie die Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung vorschlagen, die Beträge zunächst beizubehalten. Über den interfraktionellen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD wolle er heute im Interesse der gemeinsamen Lösung nicht abstimmen lassen. Durch den alternativen Beschlussvorschlag, die Kita-Gebühren, sowie die Gebühren für die Schulkindbetreuung bis zum 31.01.2024 nicht zu erhöhen, werden der Stadt zusätzliche Kosten in Höhe von 192.000 Euro entstehen. Er sei bereit, diese Kosten hinzunehmen, um dafür im Herbst bei den Haushaltsberatungen an einer gemeinsamen Paketlösung arbeiten zu können.

Tagesordnungspunkt 2 wird ohne Beschluss beendet.

Im Anschluss unterbricht OBM Dr. Knecht die Sitzung kurz, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über den angekündigten alternativen Beschlussvorschlag zum kommenden Tagesordnungspunkt 3 auszutauschen.

**Abweichender Beschluss:**

~~1. Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg wird zugestimmt.~~

~~2. Mit den Elternbeiträgen in der Schulkindbetreuung wird analog den Kitagebühren verfahren.~~

1. Die Elternbeiträge für den Bereich Kindertagesbetreuung werden bis zum 31.01.2024 nicht erhöht.

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg wird entsprechend angepasst.

2. Mit den Elternbeiträgen in der Schulkindbetreuung wird analog den Kitagebühren verfahren.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:       - Stadtrat Lutz  
                              - Stadtrat Raasch  
                              - Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

Nach kurzer Sitzungsunterbrechung formuliert OBM **Dr. Knecht** einen alternativen Beschlussvorschlag. Er teilt mit, durch den Verzicht auf Erhöhungen bei den Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen fehlen der Stadt Einnahmen in Höhe von ca. 192.000 Euro.

Stadtrat **Sorg**, erklärt, seine Fraktion könne für den Moment mit dem alternativen Beschlussvorschlag mitgehen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** teilt mit, auch die SPD-Fraktion könne dem alternativen Beschlussvorschlag zustimmen. Er freue sich auf konstruktive Verhandlungen im Herbst.

Stadtrat **Haag** regt an, keine Zeit beim Einstieg in die Haushaltsverhandlungen zu verschwenden, da die Verhandlungen lange und kompliziert werden könnten. Seine Fraktion gehe mit dem alternativen Beschlussvorschlag mit.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über den abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Der interfraktionelle Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion ist dadurch erledigt.

---

**Beschlussvorschlag:**

- 1.) Der Gemeinderat beschließt die Anmietung und Errichtung von Wohnmodulen für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung auf dem Parkplatz der Mehrzweckhalle Oßweil, Fellbacher Straße, mit Gesamtkosten für Erschließung, Außenanlagen und Miete (Standzeit 36 Monate) von rund 2,64 Mio. EUR inkl. Unvorhergesehenes.
- 2.) Der Gemeinderat beschließt die Anmietung und Errichtung von Wohnmodulen für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung auf dem Gelände des zukünftigen Wohngebiets Fuchshof, mit Gesamtkosten für Erschließung, Außenanlagen und Miete (Standzeit 36 Monate) von rund 2,23 Mio. EUR inkl. Unvorhergesehenes.
- 3.) Der Gemeinderat stimmt den nachfolgenden drei Standorten für eine Vermietung an den Landkreis und zur Belegung mit Wohnmodulen für Geflüchtete in der Vorläufigen Unterbringung zu.
  - „Parkplatz Kugelberghalle“ im Stadtteil Hoheneck
  - „Grünfläche Monreposstraße/Straßenäcker“ im Stadtteil Eglosheim
  - „Parkplatz Neuer Friedhof“ im Stadtteil Oßweil

Die Vermietung erfolgt zu folgenden Rahmenbedingungen:

- Mietzins 1,50 €/m<sup>2</sup>/Monat
- Laufzeit voraussichtlich mindestens 3 Jahre
- Erstellung der Unterkünfte mit Erschließung und Sicherung der Teilfläche auf Veranlassung und Kosten des Landkreises, einschließlich der Einholung der hierzu notwendigen Genehmigungen und Erlaubnisse

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** führt in die Thematik ein und verweist auf die Vorlage Nr. 182/23. Der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport erläutert die Vorlage.

Stadträtin **Molkenthin-Keßler** hält fest, dass 300 Plätze fehlen. Die Stadt habe die besten Standorte ausgewählt und schaffe es damit, die Sport- und Kulturhallen freizuhalten. Dass bei den 80 untersuchten Standorten auch ökologisch und soziale Gesichtspunkte bewertet wurden, halte sie für gut.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, heute werde das Thema eingebracht. Nach erfolgter Bürgerveranstaltung am kommenden Montag, 17.07.2023 soll in der Gemeinderatsitzung am 26.07.2023 Beschluss gefasst werden. Ludwigsburg müsse die Menschen unterbringen. Aber irgendwann werde das in der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert. Berlin müsse handeln. Soweit möglich, solle auf die Belegung von Sport- und Gemeindehallen verzichtet werden.

Die dezentrale Lösung sei der richtige Weg, so Stadtrat **Zeltwanger**. Er hält es für fraglich weshalb ausgerechnet in Hoheneck eine weitere Einrichtung entstehen solle. Hoheneck habe bereits eine hohe Quote

Keiner der Standorte sei besonders gut geeignet, denn es gebe keine guten Standorte mehr. Wenn jedes Jahr weitere 1000 Flüchtlinge kommen, schaffen man das irgendwann nicht mehr, so Stadträtin **Liepins**. Die Bevölkerung müsse man mitnehmen, das habe bisher gut geklappt. Die Stimmung könne aber schnell kippen.

Stadtrat **Haag** zeigt sich verwundert, dass bei 80 untersuchten Standorten am Ende die Wahl auf zwei Standorte falle, die neben einer Grundschule liegen. Er sei mit dem Ergebnis daher nicht zufrieden, man müsse darlegen, wie man zu dieser Entscheidung komme.

Stadtrat **Müller** sieht den Standort in Hoheneck skeptisch, weil dieser schlecht erschlossen sei.

Stadträtin **Kainz** hält den Erwerb von Häusern für die Unterbringung von Geflüchteten für gut. Es sei aber eine Gratwanderung, weil in Ludwigsburg viele Menschen erfolglos nach einer Wohnung suchen

Stadtrat **Dogan** erinnert daran, dass es weiterhin wichtig sei, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Im Anschluss beantworten mit EBMIn **Schmetz** und BMin **Schwarz** Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

OBM **Dr. Knecht** hält abschließend fest, heute erfolge keine Beschlussfassung. Nach erfolgter Bürgerveranstaltung am kommenden Montag, 17.07.2023 im Reithaus soll in der Gemeinderatsitzung am 26.07.2023 Beschluss gefasst werden.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den dargestellten Zielen und Anforderungen für das Konzeptverfahren zu und beauftragt die Verwaltung, die erste Stufe des Konzeptverfahrens einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

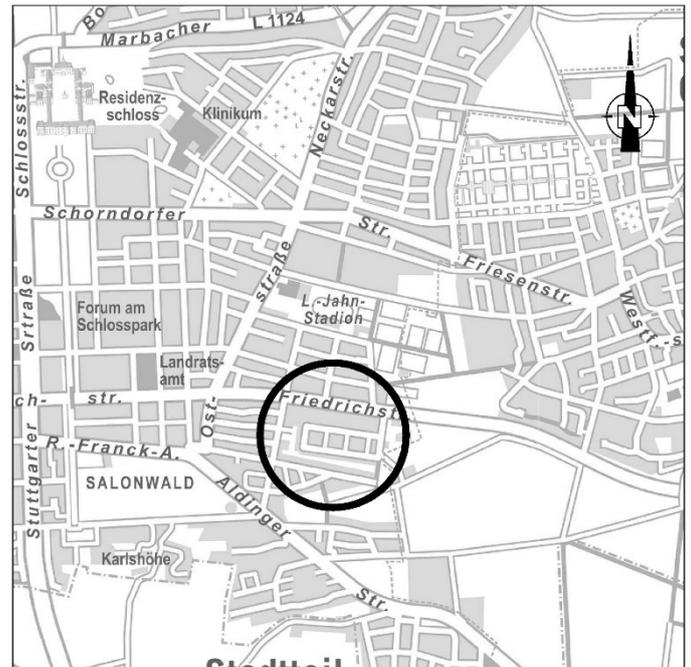
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Schmidt
- Stadtrat Weiss

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 06.07.2023 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 160/23 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rotbäumlesfeld“ Nr. 048\_01\_03 – Änderung des Bebauungsplanes „Rotbäumlesfeld“ Nr. 048/01 wird beschlossen.
- II. Dem Entwurf des Bebauungsplanes „Rotbäumlesfeld“ Nr. 048\_01\_03 (Änderung des Bebauungsplanes „Rotbäumlesfeld“ Nr. 048/01) wird zugestimmt. Maßgebend sind die textlichen Festsetzungen (Anlage 1) und die Begründung (Anlage 2), jeweils mit Datum vom 25.05.2023.



- III. Ziel der Planung ist zum einen der Erhalt des Erscheinungsbildes des städtebaulichen Ensembles und zum anderen der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Eigentümer den gegenwärtigen Zustand zu sichern.
- IV. Die Bebauungsplanänderung wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Gem. § 13 Abs. 3 wird von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Anlage welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der Zusammenfassenden Erklärung abgesehen.
- V. Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung wird gem. § 13 Abs. 2 Ziff. 1 BauGB verzichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:       - Stadtrat Dogan  
                          - Stadtrat Lutz  
                          - Stadtrat Raasch  
                          - Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 06.07.2023 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 132/23 Beschluss fassen.

**TOP 7**

**Satzung über eine Veränderungssperre im  
Bebauungsplanbereich "Blockinnenbereich  
Silcherstraße"**

**Vorl.Nr. 154/23**

---

**Beschluss:**

Keine Beschlussfassung

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Beratungsverlauf:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt (vgl. TOP 1).

**TOP 8**

**Bebauungsplan "Blockinnenbereich Silcherstraße" Nr.  
052\_03\_00  
- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung**

**Vorl.Nr. 153/23**

---

**Beschluss:**

Keine Beschlussfassung

**Abstimmungsergebnis:**

---

Keine Abstimmung

**Beratungsverlauf:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt (vgl. TOP 1).

**Beschluss:**

Der Vorschlagsliste (siehe Anlage zur Vorlage 120/23) für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache seitens des Gremiums verzichtet wird, lässt er sogleich über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beschluss:**

Der Bildungs- und Sozialausschuss empfiehlt, den frei gewordenen Platz im Integrationsrat mit der nachfolgenden Bewerber\*in zu besetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Schmidt

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt er sogleich über die Vorlage Beschluss fassen.

**Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** gibt bekannt, in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.06.2023 wurde folgender Beschluss gefasst: „Aufgrund der vorliegenden rechtlichen Tatsachen werden die Wahlen zum 1. und 2. stellvertretenden Kommandanten der Feuerwehr Ludwigsburg abgelehnt und müssen wiederholt werden. Dem Einspruch gegen die Wahl wird stattgegeben.“